

Für ökologischen Landbau und gegen Gentechnik

Mit einer überwältigenden Mehrheit lehnen die Menschen in Deutschland gentechnisch veränderte Nahrungsmittel ab. Dennoch streicht die CDU-Regierung die Förderungen des ökologischen Landbaus und favorisiert den industriellen Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen und chemieintensiver Monokulturen von Energie- und Futterpflanzen.

Die Folgen sind:

- Flächenkonkurrenz von Lebensmitteln und Energiepflanzen
- Gefährdung der regionalen, verbrauchernahen Versorgung mit gesunden, landwirtschaftlichen Produkten
- Zerstörung letzter bäuerlicher Strukturen

Als Sofortmaßnahme brauchen wir einen wirksamen Schutz für die gentechnikfreie Landwirtschaft. Die Interessen der Nichtanwender und Imker müssen geschützt werden.

DIE LINKE setzt sich für eine soziale und ökologische Landwirtschaft ein:

- Die regionale Landwirtschaft ist fördert
- Existenzsichernde Arbeitsplätze schafft
- Im Sinne einer gerechteren Welthandelsordnung agiert

Preise für konventionell erzeugte Lebensmittel müssten die Kosten für die Beseitigung der Folgen ihrer Herstellung enthalten (z.B. Trinkwasseraufbereitung, Hochwasserschutz u.a.). Dann wären biologische Lebensmittel heute schon billiger als konventionell erzeugte.

DIE LINKE fordert:

- Stärkung des ökologischen Landbaus;
- regionale Vermarktung von Agrarprodukten;
- sofortige Umsetzung der EU-Richtlinie zur Transparenz über die ausgezahlten Fördermittel in der Landwirtschaft;
- Einbeziehung von Folgekosten des Einsatzes von Kunstdünger und chemischen Pflanzenschutzmitteln in die Preise für konventionelle Lebensmittel;
- Eingliederung der bisher selbstständigen Sozialversicherung für Landwirte in die gesetzliche Sozialversicherung;
- Verhinderung von Anbauflächen mit gentechnisch verändertem Saatgut;
- Stopp von Anbauflächen für Agro-Kraftstoffe. Anbauflächen für Agro-Kraftstoffe darf nicht zu Lasten der Lebensmittelproduktion gehen. Weder in Hessen noch anderswo.

DIE LINKE will den Politikwechsel für soziale Gerechtigkeit in Hessen. Am 27. Januar 2008 DIE LINKE wählen:
Nur eine starke Fraktion der LINKEN kann eine Koch-Regierung verhindern! Prüfen Sie unsere Positionen, sprechen Sie mit uns, lernen Sie uns kennen: DIE LINKE. Landesverband Hessen, Große Seestraße 29, 60486 Frankfurt, Telefon 069/706502
www.die-linke-hessen.de

Hessen sozial
Landtagswahl 2008



**Agro-
Gentechnik
Kali
Lauge
und
Profite**

Kandidatenbrief aus den Kalirevieren

Trinkwassergefährdung, Werraversalzung = Umweltverschmutzung unter den Augen der Landesregierung

Der Kali-Konzern K+S betreibt mit dem Kaliabbau in Osthessen
Gewässerverschmutzung und Trinkwassergefährdung.

Verpressungen von Salzlauge aus Haldenabwässern und Produktion
in Gesteinsschichten sowie die Einleitung von Salzlauge in die Werra
sind auch angesichts der europäischen Wasserrahmenrichtlinie nicht weiter hinnehmbar.

Daher lehnen wir den Bau einer Pipeline von Neuhoof bei Fulda zur Einleitung von
Haldenabwässern in die Werra ab.

Die Auswirkungen der Salzlaugeneinleitung in die Werra betreffen alle Städte und
Gemeinden entlang der Flüsse Fulda, Werra, Weser und haben überregionale Bedeutung,
zumal auch andere Bundesländer betroffen sind.

Im Zeitraum von 1999 mit 2006 hat sich der Kurs der Aktie verachtfacht.
Die Profite klettern ins Unermessliche, aber der Konzern ist der Meinung,
die Beseitigung der Umweltschäden solle die Gesellschaft tragen:
Gewinne werden privatisiert, Umweltschäden verstaatlicht.
Das ist die Politik der K+S AG.

Wir wollen eine andere Politik.

Arbeitsplatzsicherung und Umweltschutz sind kein Gegensatz
und können in Einklang gebracht werden.

Die Einigung aller vier bisher im Landtag vertretenen Parteien auf neue Vertragswerke
mit Kali und Salz, die weitere Einleitungen vorsehen, können wir nicht nachvollziehen.

Wir setzen uns ein für:

- Stopp der Einleitungen in die Werra und Stopp der Laugenversenkung
- Rückzahlungsverpflichtung durch die K+S AG von staatlichen Geldern wegen Verstoßes gegen
das Werra-Entsalzungsabkommen
- Einrichtung einer öffentlich kontrollierten Stiftung, in die Anteile aus den Profiten eingezahlt
werden müssen, um spätere Umweltschäden aus dem Kalibergbau zu beseitigen
- Verfüllung der Halden in die Bergbaustollen
- Nutzung der Haldenmaterialien, die lediglich wegen der zu geringen Profite an der Verwertung
aufgetürmt werden.
- Weigert sich die K+S AG, diese und andere Maßnahmen zur Sicherung der Umwelt und des
Allgemeinwohls zu ergreifen, sollten die Möglichkeiten der hessischen Verfassung angewendet
werden.

**Für soziale Gerechtigkeit in Hessen: Menschen vor Profite!
Aus dem Programm zur Landtagswahl am 27. Januar 2008**

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

.....liebe Kolleginnen und Kollegen

Neben unseren Hauptthemen Arbeit und Soziales
beschäftigen wir uns auch intensiv mit dem Umwelt-
und Naturschutz. Deutlich wird, wie sehr erfolgreiche
Umweltpolitik durch Konzerninteressen verhindert
wird. Darum gilt auch hier:



Peter Giesecke
Wahlkreis 10 Rotenburg
Landesliste

Kreistagsabgeordneter der Partei Die
Linke im Kreistag Hersfeld-Rotenburg
gelernter Industriekaufmann
(Rheinstahl Henschel, Kassel)
Betriebswirt



Horst Zanger
Wahlkreis 11 Hersfeld
Fachinformatiker
h.zanger@linkspartei-hef-rof.de



Karin Masche
Wahlkreis 14 Fulda
Landesliste

Sozialarbeiterin
DGB Kreisverbandsvorstand
Mitglied Naturfreunde
Mail:
karinmasche@fuldawiki.de
www.fuldawiki.de



Sonja Biermann- Hirth
Wahlkreis 9 ESW – WIZ

Beruf Gärtnerin
Alleinerziehende Mutter
Seit zwei Jahren in der linken
Bewegung.
Aktiv gegen die
Werraversalzung durch K+S
und gegen die von E.ON
angedachte 380 kV
Überlandleitung durch den
Werra- Meißner Kreis.